

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

die Dringlichkeit unseres Antrags ist meines Erachtens aus dem Gang der Ereignisse klar ersichtlich.

Es geht um zwei Punkte, die Krankenkassen Zusatzbeiträge und die Rückzahlung der Kindergelderhöhung durch ALG 2 Empfänger, deren Auswirkungen ein sofortiges Handeln erzwingen. Das völlig widersinnige Signal an die sozial schwächsten Glieder unserer Gesellschaft, an die Kinder aus Hartz-4 Familien, ihr seid von der Kindergelderhöhung ausgenommen, muss gestoppt werden. Jetzt.

Nicht nur, weil diese Ausnahme unverständlich ist, auch der Verwaltungsaufwand wird absehbar wesentlich höher sein. Erstellung der Bescheide, Widersprüche, Klagen... All das, um diesen Kindern, die nicht auf Rosen gebetet sind, diese 20 Euro zu verweigern? Nein, eine Initiative ist dringend nötig.

Ähnlich ist es natürlich mit den Zusatzbeiträgen der Krankenkassen. Die Erhebung genau des Höchstbetrages, der ohne Einkommensprüfung möglich ist, ist nicht nur der direkte Griff in die Taschen der Versicherten bei gleichzeitiger Schonung der Arbeitgeber, es ist auch eine Kapitulation vor den Leistungserbringern. Hier anzusetzen wäre ungleich aufwändiger, als sich das Geld dort zu holen, wo man sich kaum wehren kann.

Die Verbraucherschutzministerin Aigner hält diese Zusatzbeiträge für gesetzeswidrig, wie heute zu lesen war. Frau Taubert verurteilte gestern die Zusatzbeiträge scharf. Nun lassen Sie uns tätig werden und unseren Worten Konsequenzen folgen .

Und natürlich muss alles versucht werden, diese Beiträge zu stoppen, bevor die bürokratische Maschinerie anläuft. Man stelle sich beispielsweise den bürokratischen Aufwand vor, wenn das Gros der ALG 2 Empfänger tatsächlich bei der Erhebung der Zusatzbeiträge die Kasse wechseln muss. Vielleicht mehrmals, weil andere Kassen nachziehen, sobald sich der erste Sturm gelegt hat. Nein, hier muss dringend die Bremse gezogen und die Verschwendung von Beiträgen gestoppt werden.

Um so mehr, als Verbraucherschützer den normalen Versicherten vor einem schnellen Kassenwechsel warnen. Wollen wir, dass arme Menschen zu Handlungen gezwungen werden, von denen man allen anderen abrät? Welches Signal setzt unsere Gesellschaft damit?

Eile ist geboten. Ich bitte Sie daher um Unterstützung für diesen Antrag.